

## **MEDIENKONFERENZ VOM 29.6.2007**

---

Der Aufschwung muss auch den Jugendlichen zu Gute kommen!

### **Lehrstellen dank kantonalen Berufsbildungsfonds schaffen!**

Jean Christophe Schwaab,  
Präsident der SGB-Jugendkommission, Jugendsekretär der Gewerkschaft Unia.

Die Gewerkschaften setzten sich mit viel Energie für die Schaffung von kantonalen Berufsbildungsfonds ein. Solche Fonds verteilen dank einem kleinen Arbeitgeberbeitrag (Bsp. JU: 0,05% der Lohnmasse) die Kosten der beruflichen Bildung auf alle Betriebe um. Sie unterstützen die ausbildenden Betriebe durch die Übernahme eines Teils der Bildungskosten (z. B. der Lehrmeisterausbildung). So tragen diese die Kosten der Nachwuchsausbildung nicht mehr alleine. Dank dem Fond beteiligen sich auch diejenigen Betriebe an den Kosten, welche sich nicht die Mühe nehmen, Lehrlinge auszubilden und somit die Ausbildungsbemühungen anderer Firmen als Trittbrettfahrer ausnutzen. Für sie steigt also der Anreiz, sich an der Lehrlingsausbildung zu beteiligen. Die Fonds schaffen auch finanzielle Mittel für Berufsbildungsprojekte. Diese Projekte sind heute notwendig, damit der wirtschaftliche Aufschwung auch den Jugendlichen zu Gute kommt.

Kantonale Berufsbildungsfonds sind deswegen notwendig, weil viele Branchen nicht gut genug organisiert sind, um Branchen-Berufsbildungsfonds zu schaffen, obwohl die duale Lehre in diesen Branche aufgebaut werden müsste. Dies zeigt zum Beispiel die kleine Anzahl nationaler Branchenfonds (9). In den Branchen, wo es keine Tradition der dualen Berufsbildung, keine, schlecht organisierte Arbeitgeberverbände oder keine Sozialpartnerschaft gibt, kann kein Fonds auf die Beine gestellt werden. Zum Beispiel fehlt es an einen Fond für die KV-Lehre, einer für unseren Finanzplatz lebendnotwendige Ausbildung. Kantonale Berufsbildungsfonds sind also unabdingbar, damit *alle* ausbildenden Betriebe unterstützt werden können und *alle* nicht ausbildenden Betriebe zum Ausbilden gebracht werden.

### **Kantonale Berufsbildungsfonds: Eine Success-story**

Wir kämpfen für kantonale Berufsbildungsfonds, weil das wirkt. In vielen Kantonen gibt es sie. Dieser Trend hat in den letzten Jahren zugenommen, auch dank dem entscheidenden Einsatz der

Gewerkschaften. Die Jurassier Gewerkschaften haben massgeblich dazu beigetragen, dass der Kanton Jura einen Fond kreiert hat. Sie haben sich zudem entscheidend dafür eingesetzt, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger den Fond mit mehr als zwei Drittel der Stimmen an der kantonalen Volksabstimmung vom 17. Juni angenommen haben. In Zürich haben gewerkschaftsnahe Kantonsrätinnen und Kantonsräte bewirkt, dass die vorberatende Kommission zum neuen kantonalen Berufsbildungsgesetz sich für einen solchen Fond ausgesprochen hat. Wenn man dazu noch den Einsatz der Gewerkschaften in den Kantonen Basel-Stadt und Schaffhausen sowie der Jusos in St. Gallen dazuzählt, kann man sicher sein, dass die Fonds sich bald über die Sprachgrenze hinaus entwickeln werden. Dies soll auch die EDK dazu bringen, ihre Empfehlung, keine kantonale Fonds einzurichten, aufzuheben. 5 Kantone (FR, GE, BE, VS und JU) haben nämlich dieses Modell mit Erfolg eingeführt. Dies zeigt, wie sinnlos die Position der EDK ist. Die Erziehungsdirektorinnen und -Direktoren müssen sich bewusst sein, dass die Berufsbildungsfonds ein wirksames Mittel sind, um die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe zu steigern. Wenn wir wirklich wollen, dass 95% der Jugendlichen jeder Alterklasse den Übergang in die nachobligatorische Ausbildung schaffen, müssen wir ständig neue Ausbildungsplätze kreieren. Denn der Rückgang der Anzahl SchulabgängerInnen wird leider einen Rückgang der Anzahl Lehrstellen mit sich ziehen. Das hat eine Studie des Schweizerischen Instituts für Berufsbildungspädagogik (SIBP) aus 2006 gezeigt. Diese Studie baut das Vorurteil ab, wonach die Lehrstellenkrise sich mit der demographischen Entwicklung selbst lösen würde.

### **Der Aufschwung muss endlich den jungen ArbeitnehmerInnen zu Gute kommen.**

Die Lage der Glücklichen, welche eine Stelle gefunden haben, ist auch sehr schwierig. Die Lehrabbruchquote übersteigt 20% (LEVA-Studie, Kanton Bern, 2006 und 2007). Mehr als die Hälfte der LehrabbrecherInnen findet danach keine Lösung und viele leiden darunter sehr: Sie steigen ihren Tabakkonsum und nehmen Schmerzmittel. Die Lehraufsicht ist in vielen Kantonen mangelhaft, wie es eine Genfer Studie aus dem Jahr 2004 gezeigt hat. Zudem werden die Arbeits- und Ausbildungsbedingungen der Über-18-jährigen (der Mehrheit aller Lehrlinge) verschlechtert, da das Parlament die Herabsetzung des Jugendschutzalters beschlossen hat. Und falls das Seco den Forderungen der Arbeitgeberverbände zur neuen Jugendschutzverordnung zustimmt, könnten sogar die unter-18-jährigen Lehrlinge vieler Branchen gefährdet werden. Wir setzen uns zum Beispiel gegen die Einführung von Sonntags- und Nacharbeit für Lehrlinge des Verkaufs oder der Lebensmitteltechnologien ein. Weder Nacht- noch Sonntagsarbeit sind für ihre Berufsbildung unentbehrlich.

### **Der Lehrlingsbestseller neu auf Italienisch!**

Jeden Tag kommen suchen viele Jugendliche Hilfe bei den Gewerkschaften. Der SGB veröffentlicht also eine neue Ausgabe seiner Broschüre «Ich kenne meine Rechte». Sie ist mit mehr als 350'000 Exemplare ein echter *Bestseller*. Heute stellen wir die 14. deutsche, die 6. französische und –das ist die grosse Neuigkeit des Tages– die erste italienische Ausgabe vor. Wir haben sie ergänzt und sie richtet sich nun nicht nur an die Lernenden, sondern vielmehr an alle von der Ausbildung oder Arbeit betroffenen Jugendlichen. Die Lehre ist nämlich nicht allen offen und viele Jugendliche sind gezwungen, in Praktika oder Übergangslösungen vor der Tür der Berufsbildung in der Schlange zu stehen. Sie haben aber auch Rechte, die sie kennen und verteidigen müssen.

Die Gewerkschaft Unia erklärt ihrerseits (in Zusammenarbeit mit der Unia-Arbeitslosenkasse) im kleinen Ratgeber «Jung und arbeitslos? Meine Rechte» den jungen Erwerbslosen, was ihre Rechte und Pflichten sind. Die Broschüre ist auch ein *Best-seller*: 28'000 Exemplare wurden gedruckt. Und der erste Neudruck fand bereits zwei Monate nach der ersten Veröffentlichung statt! Schritt für Schritt erklärt der Ratgeber, wie Jugendliche vorgehen müssen, wenn sie arbeitslos werden. Die Broschüre hilft, die Grundzüge der Arbeitslosenversicherung und der Sozialhilfe zu verstehen. Das Vorgehen in verschiedenen Situationen - arbeitslos nach Lehre, nach der obligatorischen Schulzeit, vor der Rekrutenschule, etc. - wird konkret erläutert. Er betont auch, wie wichtig es ist, sich an die Arbeitslosenversicherung anzumelden. JedeR zweiteR JugendlicheR meldet sich nämlich nicht an, was die Arbeitslosenzahlen künstlich nach unten zieht.

### **Für Bestellungen:**

«Ich kenne meine Rechte – Lehrlings- und Jugendrecht von A bis Z». Die Broschüre ist für 3 Franken (+ Versandkosten, ab 20 Ex. 2.50 Franken) unter [www.gewerkschaftsjugend.ch](http://www.gewerkschaftsjugend.ch), oder bei SGB, Monbijoustr. 61, Postfach, 3000 Bern 23, Tel. 031 377 01 01 erhältlich.

Der Ratgeber «Jung und arbeitslos? Meine Rechte» kann kostenlos auf Deutsch, Französisch und Italienisch unter [jugend@unia.ch](mailto:jugend@unia.ch) bezogen werden und steht als PDF unter [www.unia.ch/jugend](http://www.unia.ch/jugend) zur freien Verfügung.